

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Eringerlebn monatlich 80 Pf. und bei Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erhöht mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Jungferstraße 21, U. Telefon 3465. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Jungferstraße 21. Telefon 1769. Verkaufsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verensungen 20 Pf. Insetrate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 263.

Dresden, Donnerstag den 12. November 1908.

19. Jahrg.

Gözendämmerung.

Der zweite Tag.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Die Scholtheit und offenkundige Unaufrichtigkeit der Blöckerischen Erklärungen vom Dienstag hatten das Interesse an den Reichstagsverhandlungen noch mehr gesteigert, da jedermann erwartete, neugierig sein mußte, wie sich die Parteien zu diesem Punkte nun stellen würden. So kam es, daß das Haus in die Tribünen wieder überfüllt waren.

Wer aber gehofft hatte, daß es einem der Abgeordneten gelingen würde, den Reichskanzler zu einer neuen Erklärung zu bewegen, der sich nicht auf die bloße Wiederholung der alten Worte beschränken würde, sondern sich auf die Verhältnisse des Reichstages selbst beziehen würde, wurde enttäuscht. Der Reichskanzler hat sich nicht nur nicht von dem alten Standpunkt bewegt, sondern hat sich noch mehr auf demselben verfestigt.

Im diesem zweiten Tage der Debatte über den Kaiser kam der Wandel der Dinge, dessen Zeuge wir jetzt sind, vielleicht noch deutlicher zum Ausdruck als am Dienstag: nämlich die vollständige Abkehr der früher so streng innergehaltenen Regel, die von den Monarchisten aus den parlamentarischen Debatten ausgeschlossen war. Man erinnere sich nur, welche engen Grenzen noch vor dem Reichstag des Jahres 1902, Graf v. Helldorf, den Abgeordneten zusetzte, sobald sie sich dem Kaiser und seinen Erklärungen zuwenden wollten. Eine scharfe Kritik gegen den Monarchismus, gelang sozusagen immer nur durch eine Ueberlistung, Ueberhöhung des nachfolgenden Blöcker-Schwingers; und war dem Redner der Wurf einmal gelungen, dann konnte er eines sofortigen Ordnungsrufes ganz sicher sein. Heute aber werden über den deutschen Kaiser im Reichstage gesagt, die früher unzulässig waren. Der Vorgang erinnert — wenn es gestattet ist, ein kleines mit einem großen zu vergleichen — an jene Sitten des antiken Rom, wo die fränkischen Volkstribunen das Schicksal des Kaiser Louis Capet aufrollten. Es wird nicht mehr lange dauern, bis die Vertreter des Monarchismus selber nach einem parlamentarischen Regime geistig eingestrichen werden, wie die Monarchisten vor Strafgerichten, wie den jetzt verurteilten, zu bewahren.

Wie vielen schon in dem Berichte über den ersten Verhandlungstag darauf hin, daß man bei der jetzigen Zusammenkunft des Reichstages sogenannte „positive Ergebnisse“ von der Debatte nicht erwarten dürfe. Es liegt auf der Hand, daß die Parteien erst nach dem Ende der Debatte, wenn sie sich zu einer Aufgabe ihres tropischen Standpunktes erheben, das persönliche Regiment unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, weil es ihnen alle Macht im Staate sichert. Die die Entwicklung jetzt eingeleitet hat, sind wir von einer solchen Zeit der Junterbeugung wohl nicht so weit entfernt, wie sie selbst annehmen. Die wirtschaftlichen Schäden des nach dem Bedarfsplan der Junterbeugung gestellten Regimes sind so gewaltig, daß eine Wiederholung oder gar Ueberbietung des Kurses von 1902 nicht zu erwarten steht; der junterbeugende Vorwandbedarf braucht aber noch dem Ablauf der heute bestehenden Handelsverträge eine neue ungeheure Dampfabgabe — oder er geht in seiner Bedeutung rapide zurück. Damit aber verkleinert sich dann auch der politische Einfluß der gefährlichen Klasse. Und wenn so auf der einen Seite der jetzige Kronenträger sein Möglichstes tut, um das persönliche Regiment zu konsolidieren, wenn gleichzeitig auf der anderen Seite der Widerstand gegen neue Ausplünderungsgehalte der Junter wächst, dann öffnet sich wie von selbst der Weg zu einer Erweiterung der Volksrechte im Sinne der Einführung des parlamentarischen Systems, d. h. einer von der Volksvertretung abhängigen und jederzeit wirksam kontrollierten Regierung.

Breilich meinte heute der Vertreter eines der Gruppen des jacobinischen Liberalismus — der Abg. Schröder, der laut zu den Besten seiner Truppe gehört —, in Deutschland wünschten wir „wir“ (d. h. seine Partei) kein parlamentarisches System; aber, nachdem wurde ihm von freundwilligen Kameraden klar gemacht, daß das doch sozusagen im Programm des Liberalismus steht — und daß es auch einmal ein solches Augenblick gewesen sein könnte — es war nur ein schwaches Zeichen für die fortwährenden Einflüsse des unantastlichen Blöcker-Systems. Von diesen Einflüssen konnte sich auch der überdeutsche Demokrat Hausmann nicht freimachen, der im übrigen als gemäßigter und wirksamer Redner manche glückliche Ranzee fand. Wie die Rede um den Kaiser ging er um die eine Hauptsache herum: die Verhältnisse des unbesonnensten Kaiserredens würden belanglos sein, wenn unsere auswärtige Lage nicht gespannt wäre; sie ist gespannt wegen der wahnwitzigen Rüstungen, in denen Deutschland immer vorangeht; diese Rüstungen gehen in erster Linie auf die kaiserliche Begeisterung der Monarchisten zurück, die für eine Vergrößerung der Flotte unantastlich Propaganda gemacht hat, macht und machen wird. Hier muß eingeleitet werden.

Es war das Verdienst des zweiten sozialdemokratischen

Redners, des Genossen Heine, auf diesen Punkt nachdrücklich aufmerksam gemacht zu haben. Mit einem scharfen Hinweis auf die sibirische Kasabianka-Affäre, die nichts als ein Ablenkungsmanöver war, erwiderte er seine Rede. Dann ging er auf die Persönlichkeit des Kaisers in psychologischen Erörterungen über, die zu dem Besten gehören, was über diesen Mann bisher überhaupt öffentlich gesprochen worden ist, und schloß daran eine gründliche Kritik der Welt- und Rüstungspolitik. Zum Schluß nahm er für die bürgerlichen Parteien in einer gehörigen Weise vor und legte dar, wie gerade ihr nichts weniger als mutiges Zurückweichen bei dieser Verlesung der Notwendigkeit harter Garantien gegen die Blöckerischen, Ueberhebungen und Wandlungen des persönlichen Regiments erheischen. Wild aufhäufte sich der Chor der unentwegt Freimütigen, und Herr Heine erklärte im geschwollenen Hierauf, daß er die Sozialdemokratie bei der Befreiung des Absolutismus gar nicht nötig habe — „bleib Vaterland mocht ruhig sein!“ Nachher freilich wollte er mit dem diesem Worte etwas anderes gemeint haben. Wir danken ihm; diese Mannesrede ist eine der Unberührtesten, die mit Bülow kamen, und Bülow verschwinden.

Man hat die Rede des Kaisers beim Beginn der Reichstagsrede — wie gewöhnlich — das Feld geräumt, aber seine Verehrer hielten es doch für geraten, ihn wieder in den Saal zu lassen, als die Hiebe harschlich auf die Angelegten herniederzulassen. So sah er denn mit gerötetem Gesicht auf dem Armenstuhlbänkelein — ein Bild des Ammers. Wenn aber noch etwas gefehlt hätte, um ihn vollends niederzuschmettern, dann war es das Auftreten des stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen, eines Herrn v. Mierowiczki-Waszycki, genannt „Spägle“. Es gibt nur ein Bild, um diesen Moment zu malen: der Ochs im Porzellanladen! Als dieser die Rede begann mit seiner burlesken Manieren sein Nest herauszusprengen und mit unüberwindlicher Dreifigkeit mehr Beamte — noch mehr Kullen! — forderte, da mußten Erlaunen, Untröstung und Verzweiflung im Hause zu einem wahren Sturm an. Dieser Mann hat die Kunst gelernt, sich in zehn Minuten eine Pension zu erwerben. Man konnte über ihn wortlos zur Tagesordnung übergehen, wenn man nicht wüßte, daß Mierowiczki-Waszycki seit Jahren den Kaiser auf seinen zahlreichen Reisen als Vertreter des Auswärtigen Amtes und diplomatischen Berater begleitet hätte! Das erklärt manches! Wegen solcher Helden der deutschen Diplomatie ist in der Tat Bülow noch ein Günstling. Und wir wissen doch, was an diesem Bülow ist.

Und dann kam als Schlussakt der Wiedereröffnung des alten Blocks: Junker, Schloßbarone und Hofbeamte würgten auch noch den jahrelangen Antrag der Antisemiten ab, dem Kaiser eine Adresse zu senden. So landen sich die Reaktionen in alter Liebe zueinander. Welch Schauspiel! Bülow geriet durch den neuen und den alten Block. Aber auch geistert? Nein! Er selbst hält das Spiel wohl für verloren. Somit hätte er rufen auf die bringenden Fragen seiner eigenen Anhänger in dieser Debatte wenigstens noch eine Antwort suchen. Da er es nicht tat, gab er sich in die Hände der Opposition, die auf dem Höhe sein wird, um die Rechte des Volkes zu sichern: Die Sozialdemokratie bringt in den nächsten Tagen schon Vorschläge zum Ausbau unseres Verfassungswesens ein: das letzte Wort in dieser Sache ist noch nicht gesprochen. Die Dämmerung des Absolutismus bricht herein!

Die kaiserlich deutsche Reichsanarchie.

Am ersten Tage der großen Interpellationsdebatte hat der deutsche Reichstag dem noch monarchisch empfindenden Teil des Volkes seinen Kaiser genommen. Mit der Schärfe der Kritik und der abendlichen Säure der Satire wurde durch gemeinsame Arbeit aller Parteien alles ausgeschliffen und weggebrannt, was bis dahin im Herzen eines großen Teiles des Volkes als Bild „seiner“ Kaisers gelebt hatte. Seit dem 10. November mag es in Deutschland noch viele Anhänger des monarchischen Prinzips geben, aber nur die wenigsten von ihnen — unter den 331 bürgerlichen Abgeordneten des Reichstages kein einziger — bekennen sich als persönliche Anhänger des Monarchen. Monarchistische Gesinnung ohne persönliche Verehrung für den Monarchen ist aber ungefähr dasselbe wie Religion ohne lieben Gott, eine Euphemismus für allerhand Theoretiker, aber keine Idee, die zum Bestand und zum Gefühl des Volkes spricht. Indem der deutsche Reichstag die Persönlichkeit des jetzt regierenden deutschen Kaisers ideologisch feststellte, nahm er dem Volke den Kaiser und der Monarchie ihre Autorität.

Was hat der deutsche Reichstag dem Volke und dem Kaiser für das, was er ihnen genommen hat, gegeben? Diese Frage läßt sich erst nach dem zweiten Interpellationskongress beantworten, und die Antwort klingt wenig befriedigend. In dem der deutsche Reichstag dem Volke etwas nahm, was doch weiter nichts war als leere Illusion und hunderter Schein, konnte er ihm etwas unantastlich Wertvolles und Wichtiges zugleich geben, nämlich ein starkes Parlament. Er konnte nicht bloß, er mußte, wenn er das

Reich nicht der Anarchie zur Beute überlassen wollte. Denn das ist doch klar, und darin sind sich alle politischen Parteien einig, daß in einem Staatswesen irgendwo da sein muß, sei es ein einzelner oder eine Mehrheit von Personen oder das zur Abstimmung berufene Volk, der die Fäden der Regierung führt und in den großen Schicksalsfragen der Gesamtheit das entscheidende Wort spricht. Despotie, Konstitution, Demokratie, so hat Montesquieu gelehrt, alle diese Staatsformen sind möglich, sofern sie nur rein ihren eigenen Prinzipien nachstehen, aber Verfall und Zerfall ist das Schicksal des Staates, der die Prinzipien seiner Herrschaft korrumpiert, ohne die Kraft zu haben, sie durch andere zu ersetzen.

Der deutsche Reichstag in seiner bürgerlichen Mehrheit hat um am 10. und 11. November gesagt, daß das Deutsche Reich keine Despotie, kein absolutistisch regiertes Staatswesen sein kann. Er hat damit einen Gedanken ausgesprochen, für den die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten gekämpft hat. Aber gerade um Sozialdemokraten ist in jenem „hohen Hause“ so oft die platte Weisheit entgegengesprochen worden, man dürfe nichts geschehen ohne zu wissen, was man an dessen Stelle setzen wolle, daß wohl auch wir Sozialdemokraten berechtigt sind, das „hohe Haus“ zur rechten Zeit an dieses von ihm zu Tode gehende Liktum zu erinnern. Singer und Heine haben es getan, sie haben konstruiert, d. h. aufbauend, zu wirken versucht, wo die bürgerliche Mehrheit bloß, und zwar mit einer gewissen Modest, destruktiv, d. h. zerstörend, wirkte. Die sozialdemokratischen Redner wollten an den Platz, an dem sich die Kräfte des persönlichen Regiments erhoben, das „starke Parlament“ setzen, welches das deutsche Volk heute braucht, um gesichert existieren zu können. Da aber sich die Mehrheit des Hauses schwach, unwillig und feige zeigte.

Tiefe Weisheit hat nicht einmal den Mut gehabt, dem Kaiser, der die verfassungsmäßige Verantwortung für sieben Jahre des Standaß, der Plamoge und des Niederganges trägt, zuzurufen, daß es Zeit für ihn sei, seinen Platz zu räumen. Sie weiß, daß nach dem Sturz jenes im Grunde ohnmächtigen und unfähigen Vermittlers und Züchtelners eine Zeit kommen kann, in der das Parlament um seine Existenz zu kämpfen hat, und sie fürchtet diesen Kampf, obwohl sie weiß, daß hinter einem einigen Reichstag zwölf Millionen erwachsene und zum Teil hoffentlich fräftige und gesunde Männer stehen. Wer im Deutschen Reiches wertung etwas gegen einen Reichstag, der stark sein will, gegen einen Reichstag, wie ihn das Volk verlangt und braucht? Niemand! Und dennoch wegen die feigen bürgerlichen Parteien des Reichstages nicht, einen Kaiser davonzufragen, der im neuen Reich mit mehr das Vertrauen eines einzelnen Mannes besitzt, das Vertrauen — Wilhelm II.!

Na, selbst die jämmerliche Adressengeschichte, dieser letzte schwächliche Versuch, dem Parlament doch einen Schein wirklicher Geltung zu verschaffen, endete als ein lächerlicher Verzicht, und die ganze Debatte verlief ziellos und nutzlos im Sande. Der Versuch der Reichstagsopposition, ihren Antrag auf Ueberwindung einer Adresse an den deutschen Kaiser auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bringen, scheiterte an dem Widerstand eines konservativ-ultramontan-nationalidealen Blocks, der seine Resignation vom Tische der Regierung mit wachsender Befähigung entgegennimmt. So wäre das Schicksal der Reichstagsopposition, die ihn hinwegschmeißt, er hat, wenn er am ersten Interpellationskongress solchen trüben Gedanken nachhängt, die Entschlußkraft dieses Reichstages und seiner Mehrheit beträchtlich überschätzt. Wir haben einen Reichstag, der in seiner großen Mehrheit verdient, selbst noch von einem Bülow besetzt zu werden.

Das deutsche Volk und die ganze Welt aber fragen, was da weiter werden soll. Sie fragen, ob das Deutsche Reich noch immer von Wilhelm II. persönlich regiert wird, oder ob es doch auf dem Wege sei, sich zu einem Verfassungstaat zu entwickeln. Sie fragen, wo in diesem Reich die Schwere der Macht ruht, in dem Eisenbahnwagen, in dem sich der deutsche Kaiser befindet, oder in dem inkristallenen Haus vor dem Brandenburger Tor.

Die nachstehende und am wahrscheinlichsten klingende Antwort lautet: „Es bleibt alles beim Alten!“ Und doch ist diese Antwort nicht ganz richtig. Es ist nicht alles beim Alten geblieben, sondern es ist sehr vieles anders geworden. Man hat viele Höhen geschlagen und mancher Tempel, in dem sich vordem viel Volk drängte, bleibt jetzt leer. Was viele Tage im Sinne der Monarchisten an „Schaden“, in unserem Sinne an „höllicher Aufklärung“ geschien ist, ist nicht ohne Macht der Welt mehr hinweg; die sprunghaften Fortschritte, welche die revolutionäre grundsätzliche Staatsauffassung der Sozialdemokratie gemacht hat, können durch einen solchen Mummenschanz und keine verantworte Vorstände wieder rückgängig gemacht werden. Der alte preussische Königs-gedanke ist dahin — und wenn man fragt, wer das getan hat,